

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

81 (5.4.1922)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Kreisbüchern Abgaben abgeholt 18 M. monatlich. — Einzelnummern 1 M. Ausgabe: Verlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 240 M., auswärts 250 M. Die Reklamezeile 750 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Vor Genua

### Aus der französischen Kammer

#### Die Debatte über Poincarés Kampfanstren

Die Kammer setzte am Montag die Besprechung der Internationalen fort, die am Samstag unterbrochen worden war. Zunächst ergriß der

Abg. Chappelblaine das Wort, der über die Abkommen sprach die in London getroffen worden sind. Dieses Ergebnis sei weit davon entfernt, dem Frieden zu dienen; im Gegenteil, es beginne den Krieg.

Der sozialistische Abg. Moutet ist mit den Erklärungen Poincarés einverstanden, weil er seine Absicht kundgegeben habe, Frankreich auf der Genueser Konferenz vertreten zu lassen. Die Haltung des nationalen Blocks habe Briand in Washington gelindert. Sie sei vielleicht auch die Ursache, daß Frankreich als eine Macht habe erscheinen können, die sich gegen jede Entwertung gewandt habe. Die richtige Politik sei die Politik des wirtschaftlichen Einvernehmens aller Völker. Amerika habe eine gewisse Berechtigung, seinen Bestand für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verteidigen, solange Frankreich nicht seinen Willen kundgegeben habe, zu entwaffnen. Auf die Frage, warum Frankreich so sehr die militärische Organisation anführe, antwortete

Ministerpräsident Poincaré: Ich darf Ihnen nicht gestatten zu sagen, daß Deutschland nur 100 000 Mann Soldaten habe, nachdem in den letzten Tagen klar bewiesen wurde, daß es ein Heer von 250 000 Mann unterhält und eine Heeresorganisation besitzt.

Abg. Zardieu: Ich bin erstaunt, zu vernehmen, daß man Deutschland im Jahre 1921 getötete 250 000 Mann zu unterhalten, statt 100 000 Mann.

Poincaré erwiderte: Ich würde mich über das Erstaunen des Herrn Zardieu wundern, wenn ich nicht wüßte, daß dieses Erstaunen gesundlich ist.

Zardieu rief: Ich gestatte Ihnen nicht, Herr Ministerpräsident, das zu sagen.

Poincaré erwiderte: Entweder Sie haben Apathie oder Sie erinnern den Nachweis einer großen Unkenntnis. Es wurde in den letzten Tagen erwiesen, daß neben dem regelrechten Heeresbestande die Polizeiträfte bestehen.

Zardieu sagte: Ich habe gefragt, durch welches Parlament diese Verneinung des Heeresbestandes bewirkt wurde.

Der Ministerpräsident erwiderte: Gewiß hat es kein Wort gegeben, aber auch keine Interpellation.

Der sozialistische Abg. Caronne verlangte mit Unterstützung des Abg. Roulet, daß die Interpellation, die durch die Besprechung entstanden sei, die den in Straßburg belagerten sich auf 250 000 Mann, aufgelöst werde.

Briand erklärte, im Jahre 1921 habe er mitgeteilt, daß neben dem regelrechten Heere in der verschiedenen Formationen eine andere militärische Organisation bestände.

Abg. General Castellagnou: Wer hat die Schutzpolizei genehmigt?

Briand erwiderte, die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

Briand erwiderte: Die Militären hätten selbst ein Ultimatum gestellt, um die Auflösung der militärischen Verbände zu fordern. Der Vertrag sehe nur lokale Formationen vor.

Poincaré sagte: In diesem Punkte sind wir einig; aber die Bedingungen sind gemacht worden: zuerst die Verlängerung der Aufstellungsdauer, dann hat man Deutschland eine Verneinung seiner Polizeitruppen gestattet.

Der Abg. Fabry, Generaloberstabschef für das neue Militärwesen sagte, es beständen in Deutschland immer noch 150 000 Mann Schutzpolizei, die als eine Ergänzung der Reichswehr angesehen werden müßten.

Der Abg. Moutet erklärte, dieser Punkt sei der klarste Beweis dafür, daß man das Programm für Genua nicht zu eng lassen dürfe und daß man insbesondere die Frage der Entwaffnung dort behandeln müsse. Frankreich dürfe nicht die Verantwortung für einen Mißerfolg treffen. Nach dem Abg. Roulet sprach der Abg. Bander d'Alon, der fragte, ob in den Armeen wie behauptet werde, nur Unteroffiziere und Offiziere und kein einziger Mann sei.

## Die Berliner Konferenz der drei Internationalen

Die Konferenz der drei Exekutiven von London, Wien und Moskau, die am Sonntag in Berlin im Reichstagsgebäude begann, steht unter keinem günstigen Stern. Der Sonntag brachte heftige Auseinandersetzungen, bei denen die Parteien, wenn überhaupt noch möglich, nur weiter auseinander, nicht näher zusammen kamen. Am Montag früh mußte die Fortsetzung der Debatte auf 3 Uhr nachmittags vertagt werden, um den Beratungen der einzelnen Exekutiven über die, durch die Sonntagsdebatte geschaffene Lage Raum zu gewähren. Zu Mittag beschloß man, auch am Nachmittag die Beratungen der einzelnen Exekutiven fortzusetzen und die gemeinsame Verhandlung auf Dienstag früh zu vertagen. Gegen abend schien es unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen am Dienstag morgen wieder aufgenommen werden könnten, und man sprach von der Wiederaufnahme am Dienstag nachmittag.

Der Konflikt, zu dessen Schauplatz am Sonntag das Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde, kam nicht unerwartet. Bekanntlich war die Initiative zu dieser Konferenz von der in der Mitte zwischen der zweiten und der dritten Internationale stehenden Wiener Arbeitergemeinschaft ausgegangen. Die gemeinsame Beratung der drei Exekutiven sollte der Vorbereitung eines allgemeinen Kongresses dienen, der von allen drei Internationalen bejehet werden sollte. Aber schon auf der Frankfurter Fünfländerkonferenz hatte die zweite Internationale den Vertretern der Wiener Arbeitergemeinschaft die Bedingungen bekannt gegeben, unter denen allein sie der Veranstaltung eines allgemeinen Kongresses zustimmen mit den Kommunisten zustimmen könnten. Diese Bedingungen forderten von der dritten Internationale den Verzicht auf alle weiteren Versuche, die europäische Arbeiterbewegung zu spalten und zu zertrümmern; sie verlangten für Georgien, das vom bolschewistischen Imperialismus vergewaltigt ist, Selbstbestimmungsrecht und für die nichtbolschewistischen politischen Parteien Rußlands, vor allem für die grausam-beroholten Sozialdemokraten, und Sozialrevolutionäre, menschliche Behandlung.

Es war daher als selbstverständlich zu erwarten, daß die zweite Internationale auf der Berliner Konferenz diese Bedingungen zur Sprache bringen würde, wie das auch am Sonntag durch den Genossen Vandervelde in höchst maßvoller Form geschehen ist. Die Antwort darauf war eine Rede Radeks, die auf die Fragen Vanderveldes gar nicht einging, sondern die zweite Internationale und ihre Vertreter mit wüsten Schmähungen überschüttete. Nach Abbruch der Verhandlungen am Sonntag abend stand also die Sache so, daß die zweite Internationale die Fortsetzung dieser Debatte wünschte, um auf die wüsten Angriffe Radeks antworten zu können, daß aber die Konferenz und der Plan eines allgemeinen Kongresses schon als gescheitert erschienen, weil ja die Bolschewisten auf die Bedingungen der zweiten Internationale nicht eingegangen waren.

In der Debatte vom Sonntag hatte Radek versucht, zwischen den Verhältnissen in Deutschland und denen in Rußland eine Parallele herzustellen. Er verglich das Schicksal der russischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre mit denen, welches die Kommunisten in Deutschland erlitten hätten. Richtig ist nur soviel, daß bei der Niedermerkung kommunistischer Aufstände in Deutschland von einzelnen Truppenteilen mit überflüssiger Grausamkeit vorgegangen worden ist, was niemand scharfer kritisiert hat, als die Sozialdemokratie. Richtig ist, daß von dem letzten mitteldeutschen Aufstand her, d. h. seit ungefähr einem Jahr, sich noch Gefangene in den Gefängnissen befinden, deren Begnadigung von den Sozialdemokraten gefordert wird und erst zum Teil, wenn auch zu ziemlich großem Teil, durchgeführt worden ist. Aber kann man solche Dinge irgendwie mit den Vorgängen in Rußland vergleichen? Die deutschen Kommunisten haben ihre Zeitungen, in denen sie schreiben können, was sie wollen. Sie halten in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel ihre Versammlungen ab, in denen sie reden können, was sie wollen. Sie haben den Reichstag, die Landtage, die Stadtparlamente, die Betriebsversammlungen, in denen sie soviel reden, daß neben ihnen andere Leute kaum noch zu Wort kommen. Sie haben die Möglichkeit, bei allen Wahlen so viel zu agitieren, wie sie wollen, und wenn es ihnen gelänge, die Mehrheit des Volkes auf ihre Seite zu bringen, würden sie auch die Regierung übernehmen.

In Rußland haben die nichtbolschewistischen Sozialisten keine Möglichkeit, auch nur einen Faden bedruckten Papiers herauszubringen, sie können, ohne sich den schwersten Verfolgungen auszuweihen, nicht öffentlich sprechen, sie sind in jeder Beziehung vollkommen rechtlos und vogelfrei. Gätten sie nur ein Rehtel der Freiheit, die bei uns die Kommunisten genießen, so würden sie das als einen gewaltigen Fortschritt anerkennen. Aber auch dieses Rehtel an Freiheit wird ihnen verweigert. Die Mitglieder der zweiten Internationale dürfen kein menschliches Herz

Abg. Loucheur berührte alsdann die Konferenz von Genua. Er selbst habe dort beim englischen Schatzkanzler erreicht, daß die deutschen Zahlungen, die auf 500 Millionen Goldmark vorgesehen waren, auf 720 Millionen erhöht worden seien. Darauf ergriß

Zardieu das Wort. Er sagte, die Erklärungen Poincarés hätten nicht an Arbeit gewonnen. Man habe nicht verstanden, warum Frankreich in Washington jedes Reden von der Erörterung der Abrüstung zu Lande ausgeschlossen worden sei.

### Vertrauensvotum für Poincaré

Paris, 4. April. Die Kammer nahm nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung mit 454 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, mit der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

### Aus der Debatte im englischen Unterhaus

Bei der vorgestrigen Debatte über die Genueser Konferenz im Unterhaus erklärte der Arbeiterführer Clynes, die bisherigen Konferenzen seien nicht so sehr wegen des Friedens, sondern wegen der Friedensbedingungen abgehalten worden. Wenn die Genueser Konferenz nicht zahlreiche und hervorragende Stellen des Versäler Vertrages abändere, so würde sie ebenso fehlschlagen wie zahlreiche vorausgegangene Konferenzen. Die bisher besetzte Außenpolitik habe das Land an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Arbeiterchaft habe unmittelbar nach dem Abbruch eine internationale Konferenz gefordert. Die Genueser Konferenz komme um drei Jahre zu spät. Sie sei umgeben von schädlichen Vermählungen und Verpflichtungen. Es sei unverhältnißmäßig, wie Lloyd George erwarten könne, daß viel Gutes aus der Konferenz hervorgehen werde mit einem Programm, das so beschnitten worden sei. Lloyd George wisse sehr wohl, daß allen Schwierigkeiten der Friedensvertrag von Versailles zu Grunde liege. Bevor Teile dieses Vertrages nicht wesentlich abgeändert seien, könne alles Gerede auf den Konferenzen Europa nicht wieder aufrichten. Bevor nicht ein Frieden herrsche, der auf Billigkeit gegründet sei, könne es kein wirtschaftliches Wiederaufleben und keine Wiederherstellung des Handels geben. Die Reparationen würden jetzt zum großen Teil aus den Taschen der Arbeiter bezahlt.

### Auch ein Vertrauensvotum für Lloyd George

#### Eine Mehrheit von 378 gegen 94

WTB. London, 4. April. Im Unterhause wurde das Vertrauensvotum für Lloyd George mit 378 gegen 94 Stimmen angenommen. Die Unabhängigen Liberalen und die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Unionsisten stimmten dagegen.

### Vor Ereignissen?

Aus London wird berichtet: Das gutunterrichtete Blatt „Westminster Gazette“ schreibt, man habe gehofft, daß das Reparationsproblem mindestens bis nach Schluß der Konferenz von Genua behelzt gelegt werde. Als die Reparationskommission die letzte Note gefandt habe, habe man geglaubt, daß eine neue Krise mehrere Monate hinausgeschoben werden könne. Deutschland habe aber statt den Forderungen der Reparationskommission zum Schein zuzustimmen rundweg abgelehnt, daß sie unerfüllbar seien. Die Lage am Vorabend von Genua sei also die:

Die Alliierten haben Forderungen aufgestellt, die sie fastherweise erzwingen zu müssen, obwohl einige Alliierte nicht glauben, daß die Forderungen erfüllbar seien. Dadurch, daß Deutschland sich den Alliierten widersetzen werde, werde es unmöglich, die Krise hinauszuschieben und das Reparationsproblem bei der internationalen Versammlung auszuschalten, bei der die Alliierten mit den Deutschen an einem Tisch sitzen werden.

### Bombenattentat in Budapest

Budapest, 4. April. Gestern abend wurde im Elisabeth-Klub, am Anfang des wüthlichen Klubabends, ein Bombenattentat verübt, wodurch den bisherigen Feststellungen zufolge, von den Anwesenden acht getötet und ungefähr 40 verwundet wurden. Das Ziel des Attentats waren aller Wahrscheinlichkeit nach zwei Oppositionsführer, Paul Ruffan und Rudolf Ruppert, die sich aber zufälligerweise verspätet hatten.

### Arakeel im preußischen Abgeordnetenhaus

In Besprechung der bekannten Vorgänge im Lichtenfelder Radettenhaus im Abgeordnetenhaus kam es gestern zwischen der Rechten und der Linken zu lebhaften Zwischenfällen. Als der Abg. Rohm (USP.) äußerte, die bekanntesten Führer der Radettenanfall, Hindenburg und Ludendorff, hätten in ihren Schriften das Gegenteil von Vorkenntnis, sie hätten Feigheit bewiesen, kam es zu härmischen Erörtern im Hause. Von den Wänden der Deutschnationalen erfolgten laute Rufe: „Rühmliche Freiheit“. Mehrere unabhängige und kommunistische Abgeordnete trugten auf die deutschnationalen Zwischenrufer zu. Der unabhängige Reiter wurde von seinen Freunden vor Tätlichkeiten zurückgehalten. Von links und rechts erfolgten Schmäufe. Der Abg. Schulz-Neudörfel warf ein Dutzend Protokolle nach den deutschnationalen Abgeordneten. Schließlich gelang es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.

### Beratung über die Antwort an die Alliierten

Berlin, 5. April. (Privattelegramm.) In der Reichskanzlei fand gestern eine Besprechung über die Antwort auf die letzte Note der interalliierten Kontrollkommissionen betreffend die Schutzpolizei statt. An den Beratungen nahmen auch die Innenminister der Länder teil. Die Antwortnote, über die laut „Allg. Deutscher Zeitung“ in der letzten Besprechung volle Einmütigkeit herrschte, wird voraussichtlich bereits heute übergeben werden.

Wie die „A. S. a. W.“ erzählt, beabsichtigt die deutsche Regierung, vor Genua möglichst alle Noten der Alliierten zu beantworten, so die Note des Generals Nollet vom 23. März über die Schutzpolizei. Gleichzeitig soll auch die Note, in der die Reichsregierung, gestützt auf das Vertrauensvotum des Reichstags, die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden neuer Steuern als unmöglich und andere Bedingungen als einen Eingriff in die Souveränität der Nation ablehnen, gleichzeitig aber dem Weg zu neuen Verhandlungen offen lassen will, fertiggestellt und noch vor der Abreise des Reichskanzlers dem Vertreter der Reparationskommission übergeben werden.

### Zum Metallarbeiterstreik

Mannheim, 4. April. Am Freitag den 7. ds. Mts. wird vom Reichsarbeitsministerium in Baden der Schiedspruch in dem Streit der Metallarbeiter von Mannheim-Ludwigshafen gefällt werden.



Deutscher Reichstag

Sitzung vom 4. April Berlin, 4. April.

Handelt werden keine Anträge erledigt, aus deren Reihe eine Anfrage des Abg. Adams (D.D.P.) wegen Erziehung des Schwabens in Baden durch einen belgischen Offizier hervorgehoben ist.

Ein Regierungsvertreter gibt eine genaue Schilderung des Sachverhalts und des zwei Tage später vorgenommenen Zusammenstoßes, wobei ein belgischer Offizier getötet wurde.

Die deutsche Regierung hat sich mit der belgischen Regierung in Verbindung gesetzt und den Wunsch ausgedrückt, daß beide Teile nach den Grundsätzen des Völkervertrags und des internationalen Völkervertrags einig werden.

Es folgt die 3. Lesung des Wankelgesetzes zu den Steuererlassen einschließlich der Zwangsankasse.

Abg. Helfferich (D.Nat.) hält an der ablehnenden Antwort seiner Partei auch in der 3. Lesung fest, da sich bei ihm die Bedenken gesteigert hätten, daß die Mittel zu Kontributions- und Reparationszwecken Verwendung finden.

Die Redner der Reichsvereinsparteien und die Deutsche Volkspartei betonen, daß ihnen manches an den Gesetzen mißfalle, daß sie aber im Interesse des Vaterlandes ihre Zustimmung nicht verweigern können.

Damit war das Wankelgesetz in 3. Lesung angenommen, und dieses im deutschen Parlamentenleben bedeutsame Ereignis wurde vom Reichsfinanzminister Gernsbeck in treffender Weise gekennzeichnet, als er u. a. sagte: Der Reichstag hat ein Steuererlassengesetz beschlossen, das nicht nur in der Geschichte des deutschen Volkes, sondern in der Geschichte aller Länder des Schicksals aller Völker darstellt, um unserm Vaterland den Weg zu ebnen, auf dem es bereit ist, aus der wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeit herausgeführt zu werden.

Die Linksparteien sind der Ansicht, daß durch die Erklärung des Ministers die Diskussion wieder aufgenommen worden ist und fordern anstelle der Beratung des Etats des Innern eine Ausschüsse über die beiden Gesetze. Es entspinnt sich darüber eine erregte Geschäftsordnungsdebatte, die sich zu folgendem Resultat ergibt: daß die Sitzung eine halbe Stunde unterbrochen werden muß.

Nach Wiederannahme der Sitzung wird der kommunistische Antrag auf Befreiung der Regierungserklärung abgelehnt und der Etat des Innern beraten. — Dazu führt Reichsminister Dr. Gernsbeck aus, daß in der französischen Kammer gegen 200 000 Mann, das entspricht nicht der Hälfte der deutschen, hat ein Heer von 100 000 Mann und nur etwa 80 000 Mann im Dienst. Wenn schon in der französischen Kammer die Reichswehr mit der Schutzpolizei vermindert wird, dann soll man sich wenigstens an die richtigen Ziffern halten.

Auf den Antrag, die Diskussion über die beiden Gesetze zu eröffnen, wird die Mehrheit nicht durch den Reichstag, sondern durch die Reichsvereinsparteien und die Deutsche Volkspartei angenommen. Die Diskussion über die beiden Gesetze wird auf morgen nachmittags vertagt.

Osterferien. Der Reichstag des Reichstages hat die Osterferien in der Weise festgesetzt, daß am Freitag, den 7. April, die letzte Plenarsitzung vor der Pause stattfindet und die Sitzungen am Dienstag, den 2. Mai, wieder beginnen.

Jugend und Sport

Bezirkskonferenz der Naturfreunde von Mittelbaden

Während am vergangenen Samstag im Tale unaufröhlich der Himmelstropfen sich ergossen, setzte über die Höhen des Schwarzwaldes ein eisiger Schneesturm, der nochmals eine tiefe Schneedecke der Mutter Erde schenkte, der aber auch das Fortkommen fast zur Unmöglichkeit werden ließ.

Die Vertreter der Ortsgruppen der Naturfreunde von Ob- und Unterbaden, um an der einberufenen Bezirkskonferenz teilzunehmen, sämtliche 17 Ortsgruppen des Bezirkes mit rund 80 Vertretern waren anwesend; es ist dies ein erfreuliches Zeichen, daß die einzelnen Ortsgruppen es ernst meinen mit ihrer Pflicht.

Die Tagung selbst war von Anfang bis zum Ende überaus feierlich und anregend. Selten finden sich wohl so zahlreich Teilnehmer zusammen, bei denen so ernst und tiefstehende Arbeit herrscht. Der Bezirksbericht konnte eine erfreuliche gesunde Weiterentwicklung sämtlicher Ortsgruppen feststellen. Neuland wurde in den letzten 2 Monaten in Dintelnheim, Gorden, Forbach und Erlingen erobert.

Deutschlands innerer Wiederaufbau

In der Reichstagsitzung vom Montag leitete der Reichsinnenminister Genosse Dr. Köster die Beratung des Etats des Innern mit einer ausgezeichneten Rede ein, aus der wir den hauptsächlichsten Inhalt hier wiedergeben. Genosse Dr. Köster sprach über Deutschlands inneren Wiederaufbau. Er führte u. a. aus:

Das Reich ist gezwungen, in allen Verwaltungen und allen Geschäftsbereichen oben und unten rücksichtslos zu sparen. Es ist die Pflicht der Verwaltung, die Dauer nicht in dem Streben von Stellen und Summen bestehen, sondern die wirkliche Sparfameit und Vereinfachung der Verwaltung ist eine Frage des Organes und Aufbaus der Verwaltung, eine Frage, wie man von innen aus die Betriebe reformiert und vereinfacht.

In jedem Amte muß eine Stelle da sein, von der aus die Sparfameitspolitik getrieben wird, und die Zentrale der Sparfameitpolitik muß im Reichsministerium des Innern liegen. Dazu kommt, daß die Reichsverwaltung nicht nur weniger Geld hat, als manche Forderungen aus dem Hause es erkennen lassen, sondern auch weniger Macht. Die Weimarer Verfassung hat dem Reich zwar mehr Kompetenzen als mehr dem Reich gegeben, aber durch den Wegfall der früheren Personalunion mit Preußen ist die Stellung des Reiches schwächer geworden.

Unter diesen Gesichtspunkten muß eine ganze Reihe von Forderungen und Kritiken auf ein anderes Maß zurückgeführt werden. Der rein förmliche Wiederaufbau unseres Volkes ist eine der wichtigsten Aufgaben meines Ministeriums und muß mehr als bisher gefördert werden.

Die Kräfte des Reiches sind heute noch in dem Maße erschöpft, wie sie es vor dem Krieg waren. Infolge der großen Verluste, die dem deutschen Volk durch die tausende und aber tausende von Flüchtlingen aus dem Osten droht, haben wir auch in diesem Jahre für die aus dem Osten kommenden Seuchen größere Mittel im Etat bereitgestellt.

Zum förmlichen Wiederaufbau gehört auch die Arbeit, die durch Spiel, Turnen und Sport geleistet wird. Wir müssen uns klar werden, daß jeder Sport, wie er vom deutschen Volk getrieben wird, nicht mehr Sport ist in früherem Sinne, welcher nach seiner spielerischen Seite hin, nach der Seite seiner Liebertreibungen, wie sie erst vor kurzem hier geübt worden sind.

Das deutsche Volk wird geistig, moralisch und auch politisch nicht gebildet, wenn es nicht zuvor körperlich diszipliniert ist. Die körperliche Erziehung des Volkes ist der erste Weg zu einer geistlichen Erziehung.

Der moralische Niedergang ist nicht von ungefähr gekommen. Die Anfänge unseres moralischen Zusammenbruchs gehen zurück in die Kriegszeit mit ihrer Staats- und Wirtschaftskrisis, die jede Moral von Grund aus erlöschte und die Staatsautorität schon von Anfang des Krieges erschütterte hat.

Die deutsche Gesellschaft hier erweitert werden muß, so muß es in der Richtung geschehen, daß die wirtschaftliche Ausnutzung jugendlicher Kräfte durch Schriften und Abteilungen in der Gesetzgebung mehr als bisher beachtet werden muß.

Ich freue mich, daß im Hauptausfluß von allen Parteien zugunsten unserer deutschen Wissenschaft eine Summe angefordert und bewilligt worden ist. Zum geistigen Wiederaufbau gehört auch die Sorge für den geistigen Arbeiter, nicht nur für den deutschen Studenten, sondern auch für alle diejenigen geistigen Arbeiter, die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schmerzlich leiden als irgend ein anderer Beruf.

Dabei ist noch an die deutschen Journalisten zu denken, die immer mehr in eine Abhängigkeit zum Kapital gekommen sind, und es ist zu erwägen, ob ihnen nicht gesetzlich geholfen werden kann. Die Not, in der die Presse

augenblicklich lebt, ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern darüber hinaus auch eine Frage, die den Aufbau des geistigen und politischen Deutschlands tief berührt, und wir werden uns klar darüber werden müssen, was für wirtschaftliche Folgen ein weiterer Zusammenbruch kleiner Zeitungen hat und was dieser Zusammenbruch für unser politisches Leben bedeutet.

Zum Schluß möchte ich noch den Kreis meiner Aufgabe berühren, den ich mit dem Worte des staatlichen Wiederaufbauers anstellen möchte. Wir müssen den Staat aus den Händen bringen, die ihm bisher abnehmend gegenüberstanden. Den Streit, die im prinzipiellen Gegensatz zum neuen Staate stehen, möchte ich die Frage vorlegen: Wie würde der deutsche Staat aussehen, wenn die kaiserlichen Erlasse vom September und Oktober 1918 sich ausgedehnt hätten? Im September 1918 hätte der ehemalige Kaiser einen Erlaß, in dem es u. a. heißt: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten

Es ist mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen werden, in weitem Umfange teilnehmen an den Reden und Pflichten der Regierung.“ Und einige Zeit später hat die kaiserliche Regierung folgenden veröffentlicht:

Wichtiges ist erreicht, das gleiche Wahrecht in Preußen ist gesichert, eine neue Regierung hat sich aus Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet. Der Reichstagler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Arbeit des Vertrauens des Reichstages und des deutschen Volkes. Grundlegende Rechte sind vom Kaiser auf die Vollvertretung übertragen worden. Die Kriegserklärung und der Friedensschluß übertragen fortan dem Reichstag.

Aber vieles bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der in bezug auf politische Freiheiten und soziale Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt. Die Staatsverwaltung kann ihre befreiende und heilsame Wirkung nur ausüben, wenn sie in der Verwaltung und bei den Verwaltungsbehörden einen Geist findet, der ihre Zwecke erkennt und sie fördert.

Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die dem Gemeinwohl in amtlichen Stellen dienen, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.“ (Zurufe rechts.)

Wie würde also das Deutschland aussehen, das, ohne eine Revolution durchgemacht zu haben, einfach nach diesen Erlässen regiert worden wäre? (Zurufe rechts.) Wenn Sie das parlamentarische Deutschland bekämpfen, so bekämpfen Sie (zur Rechten) die Staatsform, wie sie von der kaiserlichen Regierung bereits beschlossen war. (Erneute Zurufe rechts.) Darüber werden wir uns alle klar sein, daß der Staatsbegriff, ob mit oder ohne Revolution, durch diese Umwandlung vollkommen ins Wanken gebracht und erschüttert worden ist.

Der neue Staatsbegriff, den es zu stabilisieren gilt, wird noch andauernd ins Wanken gebracht. Daran beteiligen sich nicht nur politische Phantasten von rechts und links, sondern auch die großen wirtschaftlichen Organisationen, die eine große Gefahr sind, wenn sie eine so ungeheure Macht erreichen, wie sie sie im alten Deutschland nie gehabt haben.

Aufgabe der Staatspolitik muß es sein, den Staat zu verteidigen. Wir werden diesen Staatsbegriff nach rechts und links verteidigen. Früher war das Beamtenamt eine der festesten Stützen des Staates. Der Beamtenstand wird ganz naturgemäß der Übergang zum neuen Staate in gewissem Maße schwer. Von der Beamtenstand werden vom neuen Staat ganz andere Dinge verlangt als vom alten kaiserlichen Staat.

Heute ist das Beamtenamt gewissermaßen das Organ, mit dem sich das deutsche Volk selbst verwaltet. Die Reichsregierung hat nicht getan und wird nicht tun, um der Beamtenstand den Übergang zu erleichtern. Aber sie muß verlangen, daß die Beamtenstand sich nicht nur auf den Boden der Tatsachen stellt, sondern daß sie fest in dem Boden des neuen Staates wurzelt.

Ein Staat ohne Formen und ohne Symbole ist kein Staat. Sie haben diese neuen Formen und Symbole geschaffen. Sie stammen aus der Zeit des Niedergangs, aber der Volkstheil, der diese Symbole fest erfaßt hat, hält gerade darum, weil sie aus dieser schweren Zeit stammen, an ihnen fest. Den Streit, die dem neuen Staat und seinen neuen Formen nichttrauen gegenüber stehen, möchte ich empfehlen, doch wenigstens den Respekt aufzubringen, den die dem alten Staat anerkennenden so großes Gerade diejenigen, die auf ihrem Kampf gegen diese Symbole niemals den Blick aus dem Ausland verlieren. Es verriet kein Nationalgefühl, wenn es nicht angesichts der schwarz-rot-goldenen Fahne amerikanischer Staatsbürger werden soll.

Bedenkens Sie (zur Rechten) bei Ihrem Kampf gegen den neuen Staat und seinen neuen Formen nicht nur die Wirkungen auf das Ausland, sondern auch stets daran, daß jeder Streit auch die Stimmung und den Geist im befeindeten Gebiete schwächt. Innerlich handelt es sich darum, ein Nationalbewußtsein aufzubauen, zu pflegen und wachsen zu lassen. Dieses von unten aufwachsende Nationalbewußtsein wird demokratisch sein oder es wird nicht sein. Es wird anknüpfen an die Tradition unseres Volkes und unserer Geschichte, aber es wird sich über das alte Nationalbewußtsein emporheben und mit Stolz und Selbstbewußtsein gepaart sein, die dem alten Nationalbewußtsein oft gefehlt hat.

Das einzige, was uns allen, ob wir rechts oder links stehen, geblieben ist, das ist das Reich. Füllen wir diesen staatsrechtlichen Begriff mit sozialem Verantwortungsgefühl, mit republikanischem Staatsbewußtsein und mit dem demokratischen Nationalbewußtsein, von dem ich gesprochen habe. Dann werden wir werden, was wir sein müssen: nach innen und nach außen eine Nation, ein Volk. (Lebhaftes Bravo, Rufen auf der äußersten Rechten.)

gefallen wird und die Ausfuhr von weiterem Papierholz unter allen Umständen unterbleibt.“

Der Reichstag hat sich am Montag über die Frage der Ausfuhr von Papierholz und Beschlussempfehlung über die Schulfragen und Schulreformen der Gegenwart im Haushaltsausschuß des badischen Landtages, welche der aufgenommen. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche der aufgenommen. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche der aufgenommen. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche der aufgenommen.

Badische Politik

Protest gegen Papierholzausfuhr

Es ist dem Verein südbadischer Zeitungserleger zur Kenntnis gekommen, daß die badische Regierung bezw. das Ministerium des Innern sich ein Kontingent von 20 000 Raummetern Papierholz zwecks Ausfuhr nach der Schweiz habe geben lassen.

Die angeführten Untersuchungen haben in vollem Maße die Wichtigkeit der Sache bestätigt. 5000 Raummeter Papierholz aus badischen Beständen — der fünfte Teil des ganzen badischen Anfalls! — sind bereits verkauft. Ueber die restlichen 50 000 Rm. Papieren sind 31 Unterhandlungen. Der Vorstand des Vereins und alle Mitglieder haben mit Erlauchen von diesen Vorgängen gehandelt. Sie sind angefaßt mit Erlauchen von diesen Vorgängen gehandelt. Sie sind angefaßt mit Erlauchen von diesen Vorgängen gehandelt.

Der Vorstand des Vereins südbadischer Zeitungserleger erhebt mit aller Entschiedenheit Einspruch gegen die erfolgte und noch weiter beschlossene sehr betrübliche Ausfuhr von Papierholz seitens des badischen Ministeriums des Innern. Dem Verein südbadischer Zeitungserleger ist es angefaßt, wie das badische Ministerium des Innern eine solche Tat glaubt verantworten zu können.

Die Zeitungserleger sprechen in aller Öffentlichkeit die Erwartung aus, daß der durch die Ausfuhr den Zeitungserlegern zugefügte, sehr erhebliche Schaden in raschster Weise aus-

gesehen wird und die Ausfuhr von weiterem Papierholz unter allen Umständen unterbleibt.“

Der Reichstag hat sich am Montag über die Frage der Ausfuhr von Papierholz und Beschlussempfehlung über die Schulfragen und Schulreformen der Gegenwart im Haushaltsausschuß des badischen Landtages, welche der aufgenommen. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche der aufgenommen. Eine Eingabe des Philologenvereins, welche der aufgenommen.

mehrerer Ausschussmitglieder antwortete der Unterrichtsminister, daß uns der Krieg zum Teil diese Verhältnisse brachte, da man in der Kriegszeit viele Lehrkräfte übernommen habe. Man müsse eventuell an die Einführung des numerus clausus denken. Werden die Lehrerbildungsgrundlagen geändert, dann dürfe der Anwärterüberdruck allmählich verschwinden. Es schweben auch Verhandlungen über Fortbildungskurse für Lehrer; auch dadurch würde eine Verminderung der überschüssigen Lehrkräfte erzielt.

Ein Sozialdemokrat machte den Vorschlag, Pädagogenlehre zu Handelslehre heranzubilden; diese schloß sich dem Zentrum an. Der Unterrichtsminister bemerkte jedoch, daß es nicht ohne weiteres möglich sei, den Bedarf an Handelslehrern nicht allzu groß. Eine längere Erörterung fand dann noch das Verhalten anderer Städte über die künftige weitere Gestaltung ihrer Schulwesen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgleichsgehe. Die von einem Lehrer fünfzig zu unterrichtende Schülerzahl spiele die Hauptrolle. Die Städte könnten ihre Schulen nicht verschlechtern; der Staat solle ihnen möglichst entgegenkommen. Einen Abschluß fand diese Debatte nicht, da sie bei der Position Volksschulwesen abermals gepflogen wird.

**Die neuen Gütertarife und der Wasserumschlagsverkehr**

Die im Hauptausfluß des Reichstags letzte Woche in Aussicht gestellte schriftliche Antwort des Reichsverkehrsministeriums auf die parlamentarische Anfrage des Abg. Cosar Ged (Mannheim) wegen der den südbadischen Wasserumschlagplänen aus dem neuen Tarifvertrag im Güterverkehr erwachsenden schweren Schwierigkeiten ist jetzt eingegangen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die in der Anfrage des Abg. Cosar Ged (Mannheim) u. Gen. erwähnte, am 1. September 1919 erfolgte Aufhebung der meisten bis dahin geltenden Ausnahmetarife ist in erster Linie durch die bekannten Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles veranlaßt worden.

Das am 1. Dezember 1920 eingeführte und seit dem 1. Februar 1922 in verschärfter Form zur Anwendung gebrachte System der stufenförmigen Bildung der Gütertarife nimmt auf die Wirtschaftsverhältnisse der abgelegenen Gebiete besonders Rücksicht. Ob hierdurch eine Verschiebung in den bisherigen Verkehrsbeziehungen zum Nachteil der Wasserstraßen herbeigeführt wird, kann gegenwärtig noch nicht hinreichend übersehen und muß deshalb näher geprüft werden. Eine Aufschaltung der Warenausfuhr ist durch die Tarifpolitik der Reichsbahn keinesfalls beabsichtigt.

Im ausstehenden Entwurf für die behaupteten Verkehrserschwerungen zu gewinnen und um die von den beteiligten Verbänden und Körperschaften zur Förderung des Wasserumschlagsverkehrs gemachten Vorschläge die von weitestgehender Volkswirtschaftlicher und finanzieller Bedeutung sind, zu prüfen, habe ich einen Ausschuss von Sachverständigen eingesetzt, der im Benehmen mit Vertretern der interessierten Wirtschaftskreise die einschlägigen Fragen erörtern und klären soll. Der Ausschuss hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Erst wenn seine nach Möglichkeit zu beschleunigenden Arbeiten abgeschlossen sein werden, wird über die vorliegende Frage entschieden werden können. Die Beantwortung der Anfrage ist durch verschiedene Umstände verzögert worden, was ich zu entschuldigen bitte.

Die Auffassung im Verkehrsministerium, daß es erst nach einer Nachprüfung der Frage bedürfe, ob durch den neuen Tarifvertrag im Güterverkehr tatsächlich eine Verschiebung in den bisherigen Verkehrsbeziehungen zum Nachteil der Wasserstraßen herbeigeführt wurde, wird allen denen etwas selbstverständlich erscheinen, die die Dinge kennen, wie sie sich seit dem 1. Februar 1922 an den Wasserumschlagplänen des Mittel- und Ober-Rheins im wesentlichen feststellen. Immerhin ist zu begreifen, daß das Verkehrsministerium aus demselben Grund nicht beabsichtigt sei. Das Gegenteil wäre auch ein gar zu hartes Stück in dem Augenblick, wo man im deutschen Südboden haben übernehme, mit Reichsunterstützung und Reichsgarantie zwei große neue Wasserstraßen, die vom Rhein zur Donau und den Neckarfluß zu erbauen. Von dem Ausschuss von Sachverständigen, der dem Verkehrsministerium jetzt zur Prüfung der Frage eingesetzt ist, darf gehofft werden, daß er nicht nur eine den berechtigten Interessen der Schiffahrt entsprechende Zusammensetzung erhält, sondern daß er auch — wie Minister Gröner ja dankenswerter Weise selbst in Aussicht stellt — mit möglichstster Beschleunigung arbeitet, um von der Rheinisch-Südwest- und den oberrheinischen Wasserumschlagplänen endlich den schweren Druck zu nehmen, unter dem sie seit der Einführung der verschärften Tarifstufung vom 1. Februar ds. Js. stehen.

Wirtschaftsbesuch durch Schüler. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter erneut darauf hingewiesen, die Einholung der Verbotsbestimmungen über Wirtschaftsbesuch durch Volksschüler und Fortbildungsschüler zu überwachen.

Maul- und Klauenseuche-Bewegung in Baden im Jahre 1921. Bei Beginn des vergangenen Jahres 1921 waren in Baden 496 Gemeinden und 3474 Ställe durch Maul- und Klauenseuche befallen. Im Laufe des Jahres wurden weitere 184 Gemeinden und weitere 5993 Ställe von der Seuche betroffen. In 9183 Ställen, die sich auf 632 Gemeinden verteilten, erfolgte die Seuche vor Jahresfrist wieder; während 124 Ställen in 47 Gemeinden über diesen Zeitpunkt hinaus befallen blieben. Von den Tieren der betroffenen Herden sind 22 698 Stück Rindvieh, 6190 Schweine, 3831 Ziegen und 1468 Schafe erkrankt. Imgefallen sind 290 Stück Rindvieh, 319 Schweine, 395 Ziegen und 2 Schafe. Nach der Erkrankung wurden freimüßig getötet: 1504 Stück Rindvieh, 221 Schweine, 333 Ziegen und 7 Schafe.

**Soziale Rundschau**

Die Arbeitsmarktlage in Baden hat sich gegenüber der Vormode noch etwas gehoben. Entsprechend ging die Zahl der unterstufen Erwerbslosen von 802 auf 792, diejenige der Hochstufen von 1287 auf 1182 am Ende der Berichtswache zurück. An der Besserung hatten die verschiedenen Berufsgruppen, insbesondere die industriellen, Anteil.

**Gerichtszeitung**

1. Ein korrigiertes Schöffengerichtsurteil. Ein bequemes Kaugericht auf Kosten seiner Geliebten führte längere Zeit in Baden der schlaue Elektrikmonteur Hermann Grob aus Buggen. Er spielte den Zuküßler des Mädchens, das dem berühmtesten Gemeindevater einer Großstadt nachging. Viel der Verdienste nicht nach Wunsch des Grob aus, so hatte das Mädchen Verdunnen oder Schläge zu gewärtigen. Das Biederer Schöffengerichtsurteil, das gegen G. wegen Zuküßerei auf nur fünf Monate Gefängnis lautete, wurde von der Reichsburger Strafkammer auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft aufgehoben und auf drei Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt.

**Aus der Partei**

Gagsheld, 3. April. Der Sozialdem. Verein Gagsheld hält am Donnerstag, 6. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Dirch“ eine wichtige Mitgliederversammlung ab; jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen.

H. Grünwetterbach, 2. April. Die am Samstag abend stattgefundene Versammlung, in der Gemeinderat Gen. Stöhrer aus Eillingen über die neue Gemeindeordnung sprach, war leider nur mäßig besucht. In 1 1/2stündigem Vortrag erläuterte Gen. Stöhrer in sachlicher Weise die am 1. April in Kraft getretene Gemeindeordnung. Welcher Verfall lobte den Redner für seine Ausführungen. An der Aussprache beteiligten sich die Gen. Mattusch, Denkens, Kappeler und Bürgermeister Gen. Schumann. Gen. Stöhrer erklärte sich bereit, in nächster Zeit einen weiteren Vortrag hauptsächlich über den § 65 der Gemeindeordnung zu halten. Die Beschlüsse werden aber erst nach jener Versammlung etwas mehr für einen guten Besuch besorgt zu sein wie dieses Mal.

**Kleine badische Chronik**

Forstheim, 4. April. Stadtschreiber Friedrich Wengert, der zuletzt das Fürsorgeamt für Kriegsinvaliden zu verwaltete, hat, ist nach Zurückweisung von rund 250 000 M. flüchtig gegangen.

Som Gensers, 4. April. Am 1. Dezember 1921 konnte unsere Kinderheilstätte auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Bis dahin waren aufgenommen und hatten ihre Kur beendet 312 Kinder (189 Knaben und 123 Mädchen). Der Vereinsvorstand hat sich zur Einrichtung eines 2. Hauses mit 80 Betten entschlossen. Man hofft, daß die weiteren Kurverläufe hinter denen des Anfangsjahres nicht zurückbleiben und die Kinder auch fernerehin gern an ihre Heuberge zurückfinden.

Von der Kleinindustrie. Nach Mitteilungen aus Duisburg haben die Kipperleistungen im Ruhrgebiet jetzt eine erhebliche Zunahme erfahren, man berechnet sie täglich auf 80 000 Tonnen. Dadurch können bei dem guten Wasserstand des Rheins jetzt ausreichend Kohlenabgaben befristet werden. Kohlenraum ist jedoch knapp, die Frachttarife nach dem Oberreйн steigen wieder. Die Frachten wurden in den letzten Tagen mit 85 M je Tonne nach Mannheim, 87 M nach Karlsruhe, 89 M nach Lauterburg und 43 M nach Strömpfing bezahlt. In Tagesmiete sind heute wenig Kohlen angeboten worden, in einzelnen Fällen wurden 1 M bis 1,10 M für den Tag und die Tonne angelegt. Die Fracht- und Viehfachtarife für Kanalfrachten nach dem Oberreйн nach Mainz-Mannheim 1,30 bis 1,40 M je Tonne. Bei Nachlassen der Frachten nach dem Oberrhein ist ein großer Teil der Kohlenmengen westwärts zum Versand gekommen, die hauptsächlich für Süddeutschland zur Verteilung gelangen. Es ist daher mit einer weiteren Belebung des Rheinverkehrs zu rechnen, zumal die immer mehr einsetzende Schneeschmelze eine volle Ausnützung der Abzugsmöglichkeiten gewährleistet.

**Eine Mutat in Schutterwald**

Offenburg, 4. April. Heute nacht gegen 1/2 Uhr war die Gemeinde Schutterwald der Schaulage einer schrecklichen Tat. Der 35 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Sigmund Huber, der seine Frau und seine Schwägerin erlöschte und nach der Tat das Haus anzündete. Er lebte seit längerer Zeit im Anstalten mit seiner Frau. Sein Weib und seine Schwägerin dürften die eigentlichen Beweggründe gewesen sein. Aus dem Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bekam seine Frau nichts, auch erhielt sie kein Hausgeld. Es ist anzunehmen, daß der Täter mit einem unglücklichen Ausgang des Ehestandes rechnete, der in einigen Tagen entschieden worden wäre. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

Schutterwald, 4. April. Wie zu der graufigen Tat des Eisenbahnarbeiters Huber weiter berichtet wird, scheint der Täter das Verbrechen im Wahninn begangen zu haben. Als heute nacht Generalrat gebeten wurde, was das im Oberdorf stehende Hauschen bereits von den Flammen voll ergriffen. Der Brand scheint in der Schwere ausgebrochen zu sein. Beim Eindringen in das Haus fand man die Frau und die ledige Schwägerin ermordet vor. Die Betten waren angezündet. Von Huber fand man keine Spur, man nimmt an, daß er den Tod in den Flammen gesucht hat.

**Kleine Nachrichten**

Ludwigsbafen. Am Sonntag wurde einem Reisenden seine Handtasche mit Inhalt im Werte von mehreren 1000 Mark gestohlen, die er bei seiner Ankunft im Zuge hatte liegen lassen. Am Eingang zur Anstalt wurde ein Arbeiter aus Bruchsal von der Polizei mit der Tasche abgefaßt.

München. Nach 14tägiger Verhandlung wurde gegen 40 Angeklagte in dem großen Faschmünzergang das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Glaser wurde unter Einziehung der bereits in Wien erlassenen Justizstrafe von acht Jahren zu einer Gesamtsstrafe von 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. 27 Angeklagte erlitten Gefängnisstrafen von 6 Jahren bis 9 Monaten und Ehrverlust auf 5 Jahre. 17 Angeklagte wurden freigesprochen.

Wien. Nach dem „Neuen Wiener Tagblatt“ verlieren sich die Spuren der vermischten Touristen v. Opel und Gay im Großglocknergebiet im Neuland. Es ist anzunehmen, daß die beiden von einer großen Kavine zwischen Hellgöhr und dem Glognerhaus erfaßt wurden und so ihr abgestürzt sind, daß eine Bergung der Leichen unmöglich erlief.

Reutling. Der 19 Jahre alte, in Mailammer wohnhafte Möbelschreiner Karl Wilhelm sprang aus dem nach Landau fahrenden Schnellzug ab. Er kam dabei unglücklich Weise unter eine dort rangierende Maschine, wobei ihm das rechte Bein unterhalb des Kniees abgequetscht wurde. Der Verunglückte ist im Krankenhaus gestorben.

Rhein. Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht vom 1. auf 2. April bei einem Wirtshaus verübt. Die Diebe entwendeten Uhren, Ketten und Ringe im Gesamtwerte von 9000 Mark.

Rhein. Der Bauunternehmer Käster in Bahr wurde von einem französischen Soldaten erschossen. Käster lag in einer Wirtshaus, als französische Soldaten hineintraten und von dem Wirt Schnaps verlangten. Darauf machte Käster, der über französische Sprachkenntnisse verfügte, die Soldaten darauf aufmerksam, daß der Wirt sich durch die Abgabe von Schnaps an die Besatzungstruppen strafbar mache. Ohne weiteren Wortwechsel wurde dann Käster beim Sitzengehen von einem französischen Soldaten durch einen Stich ins Herz getötet. Der Ermordete, der als äußerst friedfertiger Mensch geschätzt wird, hinterläßt eine Frau und sieben Kinder.

Spanbau. Die evangelische Elternschaft Spanbau ist gestern vormittag in den Schulfreie getreten. Veranlassung zu dem Streit gab die Verteilung der Spanbauer Schulfreie, wodurch 2 weltliche und 1 katholische Schule in Gebäuden untergebracht werden sollen, die sonst zu evangelischen Gemeindefunktionen verwendet wurden. In der zweiten Gemeindefunktion erschienen gestern morgen von etwa 800 Schülern nur 20, so daß der Unterricht ausfallen mußte.

Leipzig. Der erste Strafprozeß des Reichsgerichts wird die Beschwerde Kappes gegen die Verurteilung freier Geleite ab. Der Antrag auf Verurteilung mit der Untersuchungshaft ist damit erledigt.

Berlin. In der Nacht zum Samstag war der Wirtshausbesitzer von drei Männern in Streit geraten und hatte, als er von diesen angegriffen wurde, einen Mann erschossen. Die beiden anderen wurden durch den Schuss verletzt, die dritte aber freigelassen worden, da er in Notwehr geschossen habe. Wohnung einzuwandern, um an ihm Rache zu nehmen. Gernung trat ihnen mit dem Revolver entgegen und erschoss einen der beiden. Die beiden anderen ergriffen die Flucht. Gernung wurde darauf von einer Menschenmenge umstellt, die den Versuch machte, in seine Wohnung einzudringen und ihn zu tödnen. Die von ihm alarmierte Schutzpolizei konnte erst am nächsten Morgen herankommen, nachdem sie durch mehrere Schüsse die Menge zerstreut hatte. Gernung wurde in Schutzhaft genommen. Die beiden geflohenen Eindringlinge konnten von der Polizei ermittelt werden.

Berlin. Die der „Berl. Volk-Anz.“ meldet, ist der von der badischen Staatsanwaltschaft wegen Verbautes der Ministerien an der Ermordung Erbsbergers verhaftete Rechtsanwalt Dr. Adolf Müller gestern wieder freigelassen worden, da sich gegen ihn kein Verdachtsmoment ergeben hat.

**Gemeindevollstkt**

Badischer Städteverband

Na. Der Vorstand des Badischen Städteverbandes nahm in 2 Sitzungen vom 20. und 28. März unter anderem zu folgenden Angelegenheiten Stellung. Der Entwurf einer Verfassungsänderung für den Bürgerausschuß, den die Städte nach der neuen Gemeindeordnung abnehmend von der Regierungsbewerbung selbständig regeln dürfen, wird eingehend durchberaten und die endgültige Fassung festgelegt. Dieser Entwurf wird den Städten als Resolution für die örtlichen Verbände in den Bürgerausschüssen aufbewahrt mitgeteilt werden. Bezüglich der Gemeindeberechnungsausschüsse soll zunächst der Erfolg der Regierungsbewerbung abgewartet werden, der dann von einer Kommission von Rechnungsbeamten daraufhin geprüft werden soll, inwiefern vom Stadtpunkt der Städte aus Abweichungen vorzunehmen sind. — In der Sitzung im „Badischen Gemeindevollstkt“ über das „Streitrecht der Beamten“ wird folgende Resolution einstimmig gefaßt: „Ein Streitrecht der Beamten gibt es nicht. Der Beamte, der tritt, tritt seinen Dienst und bezieht die Amtspflicht. Das Streifen stellt sich als unentschiedenes Fernbleiben vom Amte dar mit der Folge des Verlustes der Besoldung und der Einleitung des Dienstvertragsverfahrens.“

Dem vom Zentralverband der Gemeindevollstkt gefaßten Antrag auf einheitliche Regelung der Ueberwindungsvergütung für Beamte vermag der Vorstand grundsätzlich nicht zuzustimmen, auch schon deshalb nicht, weil darin ein Verstoß gegen die Bestimmungen der fäb. Verfassungsordnung bestehen würde. — Für die Landesbeamten hat das badische Ministerium eine neue Dienstverteilung aufgestellt. Es wird den Städten im Interesse des Substitutionsdringens empfohlen, die staatliche Regelung anzunehmen, damit die Einheitslichkeit der Dienstverteilung in Staat und fäb. Behörden erreicht wird. — Es wird als vorübergehende Einrichtung ein Fachausschuß für die fäb. Verträge gebildet, der als Interzessionsrat des Verbandes des Städteverbandes ein Gutachten abgeben soll über die technischen Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund des Interesses der Städte stehen. Es handelt sich insbesondere um die fäb. Städte die Verhandlungsfähigkeit, die für die Wahrung der technischen Verträge maßgebend sein sollen, um die Organisation der technischen Verträge und damit insbesondere bezüglich der Vereinfachung und Vereinfachung, um die Interessengemeinschaften zwischen gleichartigen Verträgen bestehender Städte, um die Vereinfachung der Verordnungsbedingungen usw. Der Ausschuss, der aus 8 Oberbürgermeistern und 8 Stadträten bestehen soll, hat sich unter der in Fachausschüssen für die einzelnen Materien zu bilden. — Zum Reichswirtschaftsrat müssen die Ausschüssebestimmungen durch das Ministerium erlassen werden. Das Ministerium sucht die Städte um Stellungnahme zu den einzelnen in Betracht kommenden Fragen. Zur Prüfung der Sache wird ein Interzessionsrat eingesetzt, der dem Vorstand berichten soll. — In dem vom Ministerium aufgestellten Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung des Aufwandsgebietes zum Wohnsitzbestimmungsgebiet werden verschiedene Abänderungsanträge angenommen, die dem Ministerium zur Berücksichtigung unterbreitet werden sollen. — Als Termin für den Badischen Städteverband wird festgesetzt der 24. Mai 1922 bestimmt. Im Stadtag soll namentlich die Finanzlage der Gemeinden und die Bedeutung der Gemeindezentrale zur Erörterung gestellt werden.

1. Freiburg, 1. April. Die Heimstätten- und Gartenbauvereinschaft der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen hat in ihrer letzten Hauptversammlung ihre Veranschlagung mit dem in Mittelfeld ab. erhebliche größere Freizügigkeit bewilligt beschlossen. Der Ausschuss der Vereinschaft hat die Grundzüge fest. An den Zusammenkunft wird von den Kriegsschädigten die Erwartung geäußert, daß ihnen bei der Verteilung kein Nachteil erwachse. — Der Gaspreis ist mit dem heutigen Tage, entsprechend dem Kohlenpreis, von 4 auf 6 M das Kubikmeter erhöht worden.

1. Mannheim, 27. März. Einen überzeitigen Aufbruch richtet die Leitung der hiesigen Realschule an jene Eltern, welche gefonnen sind, ihre Kinder in die Realschule zu schicken. Es heißt da: „Schick uns vertrauensvoll eure begabten Kinder. Jedes Kind, das die nötige Reife hat, gehöre es reichen oder armen Eltern an, muß geistig gefördert werden. Aber gewissenhafte Eltern werden sich fragen, ob ihr Kind aufgrund seines Reife, seiner Begabung und seiner Leistungen in der Realschule mitkommen wird, wenn es von der Volksschule in die Realschule übergeht. Eltern, die aus vererbtem Vortrieb und mittlererlicher Eitelkeit ein unbeachtetes Kind der Realschule übergeben, begeben einen großen Fehler und tragen selbst die Verantwortung, wenn der Schüler dem Behrang der Realschule nicht zu folgen vermag und folter als unfähig unfertiger Mensch ins Leben tritt.“ Was hier in Mannheim einmal mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen wird, sollte von den Eltern allerorts zur Richtschnur genommen werden!

1. 4. Jellen Vereinsanzeiger. 1. 4. — die Jellen (Veranstaltungen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. Wasserpost-Verein — Männerabteilung. Neben Mittwoch abend von 7-8 Uhr Besprechung im Biergarten.

Gagsheld. (Sozialdem. Verein.) Donnerstag den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Dirch“, Vollständiges Erscheinen notwendig. 1900 Der Vorstand.

Wiesbaden. (Gemeinschaftsliste.) Freitag den 7. April, abends 8 Uhr, im Volkshaus von Württemberg. Bei der nächsten Versammlung der Delegierten, wozu sämtliche Delegierte, sowie die Mitarbeiterkommission freundschaftlich eingeladen werden. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten. 1900

Baden-Baden. (Naturfreunde.) Donnerstag, 6. April, 7 1/2 Uhr, im „Badreit“ Monatsversammlung mit Vortrag des Gen. Seiler über seine Donau-Expedition. 1900



**Emser Wasser**  
 309 Kolarik, Husten u.s.w.

**Fahnen und Banner**  
 in jeder Ausführung  
 Vereins-Bedarfsartikel  
 Kostenanschläge  
 ohne Verpflichtung.  
 A. Krawehl, Stettin 1

Die Verteilung von Ehrenzeichen an Mitglieder freiwilliger Feuerwehren betr.  
 Auf Grund der Verordnung vom 3. November 1920 (Gef.-u. S. D. Nr. 1920 S. 515) hat das Staatsministerium den nachgenannten Feuerwehren das Ehrenzeichen für 25 bzw. 40 jährige Mitgliedschaft verliehen:

- A. Für 25 jährige Dienstzeit**
- I. Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe
  1. Rabbar Müller, Schmiedemeister
  2. Wilhelm Jakob Müller, Schreinermeister
  3. Adalbert Gottschammer, Schreinermeister
  4. Friedrich Knobel, Buchdruckereibesitzer
  5. Emil Adolf Neef, Tapeziermeister
  6. Karl Friedrich Förster, Tischmeister
  7. Friedrich Wilhelm Greiser, Vätermeister
  - II. Freiwillige Feuerwehr Karlsru.-Mühlburg
  8. Karl Wilhelm Striebel, Steinbauernmeister
  9. Gustav Adolf Fabrig, Schlossermeister
  10. Adolf Jakob Wanner, Schmiedemeister
  11. Karl Friedrich Greber, Metzgermeister
  - III. Freiw. Feuerweh'r Karlsru.-Gränwintel
  12. Johannes Albeder, Landwirt
  - IV. Freiw. Feuerweh'r Karlsru.-Rappurt
  13. Daniel Daffner, Maschinenarbeiter
  14. Wilhelm Friedrich Geis, Müller
  15. Ludwig Böhm, Tischlermeister
  16. Hermann Martin, Maurer
  - V. Freiw. Feuerweh'r Karlsru.-Feiertheim
  17. Heinrich Braun IV, Landwirt u. Stadtverordneter
  18. Anton Höcher, Dreher
  19. Bernhard Hieronymus Martin, Landwirt
  20. Friedrich Hoffmann, Schmiedemeister
  21. Salentin Müller, Schreiner
  22. Anton Alois Braun, Landwirt
  - VI. Freiw. Feuerweh'r Karlsru.-Daxlanden
  23. Ferdinand Jungfink, Maurer
  24. Josef Seif, Maurer
  25. Theodor Bannemeyer, Maurer
  - VII. Freiwillige Feuerweh'r Eggenstein
  26. Karl Ortleber, Zimmermann
  27. Karl Ludwig Huber, Metzger
  28. August Waber, Landwirt
  - VIII. Freiwillige Feuerweh'r Leopoldshafen
  29. Wilhelm Nebret, Maurer
  - IX. Freiwillige Feuerweh'r Liedolsheim
  30. Karl Leopold Oberacker, Landwirt
  - X. Freiwillige Feuerweh'r Linfenheim
  31. Albert Gottlieb Densler, Gemeinderat u. Landwirt
  32. Karl Wilhelm Nagel, Landwirt
  33. August Wilhelm Nagel, Gasarbeiter
  34. Wilhelm Flannendörfer, Steinbruder
  35. Wilhelm Jueder, Landwirt
  - XI. Freiwillige Feuerweh'r Ruffheim
  36. Theodor Berner, Schuhmacher und Landwirt
  37. Alfred Jueder, Maurer und Landwirt
  - XII. Freiwillige Feuerweh'r Zentschneurent
  38. Gustav Adolf Baumann, Bäcker
  39. Julius Baumann, Galtwirt
  40. Karl Leopold Braun, Schmiedemeister
  41. Friedrich Wilhelm Scheller, Zimmermann
  42. Jakob Wilhelm Grether, Maurer
  43. Karl Wilhelm Grether, Ortsdiener
  44. Karl Christoph Glätz, Landwirt
  45. Karl Leopold Knobloch, Maurer
  46. Wilhelm Jakob Kaufmann, Maurer
  47. Friedrich Wilhelm Grether, Maurer
  48. Wilhelm Grether, Landwirt
  49. Christoph Jakob Rupp, Tapezier
  50. Friedrich Reimer, Hofner
  51. Friedrich Wilhelm Reimer, Landwirt
  52. Wilhelm Friedrich Reimer, Schuhmacher
  53. Friedrich Wilhelm Reimer, Zimmermann
  54. Jakob Christoph Reimer, Maurer
  55. Wilhelm Friedrich Reimer, Maurer
  56. Friedrich Nagel, Bäcker
  57. Karl Jakob Nagel, Galtwirt
  58. Jakob Friedrich Nagel, Maurer
  59. Leopold Ehl, Maurer
  60. Karl Ludwig Ulrich, Bäcker
  61. Georg Riebert, Schreiner
  62. Wilhelm Stern, Schmiedemeister
  63. Wilhelm Christoph Stober, Wagner
  64. Wilhelm Ludwig Weidrecht, Sattler
  65. Wilhelm Dionysius Weidrecht, Maurer
- B. Für 40 jährige Dienstzeit**
- I. Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe
  1. Johann Guthele, Schuhmachermeister
  2. Wilhelm Philipp Günther, Feilenhauer
  - II. Freiwillige Feuerwehr Karlsru.-Mühlburg
  3. Leopold Wilhelm Schenkerflug, Zimmermann
  - III. Freiwillige Feuerwehr Karlsruhe
  4. Jakob Christoph Herrmann, Wertheller
  - IV. Freiwillige Feuerwehr Friedrichstal
  5. Wilhelm Friedrich Gorenflo, Landwirt
  - V. Freiwillige Feuerwehr Graben
  6. Karl Benz, Schuhmachermeister
  - VI. Freiwillige Feuerwehr Liedolsheim
  7. Johann Friedrich Roth, Schmied
  8. Ludwig Holz, Schuhmacher
  9. August Seif, Metzger.
- Karlsruhe, den 28. März 1922. 667  
 Bezirksamt.

**Ebersberger & Rees, Zuckerwaren-Fabrik**

Kleinverkauf: Kronenstrasse 48.

**Oster-Ausstellung**

Schokolade-Hasen und -Eier  
 in allen Größen  
 Dessert-Eier  
 mit verschiedener Füllung  
 Creme- und Nuss-Eier  
 Fondant-Halbeier  
 Marzipan-Eier, -Hasen und -Figuren

Oster-Körbe  
 Bonbonnieren  
 Attrappen-Hasen und -Eier  
 Porzellan-Eier und -Figuren  
 in schönster Auswahl  
 Waffel-Hasen und -Eier  
 bi liget 3215

**Frühzeitiger und besonders Vormittags-Einkauf ist angebracht.**



**„Saphir“**

Tafel-Margarine  
 wird von der Hausfrau  
 Zieh-Margarine  
 wird vom Fachmann  
**bevorzugt!**

Hauptniederlage: Karlsruhe:  
 Geska-Werk G. m. b. H. — Telefon 2855

**Widerrücklicher Bezug von Wohnungen.**  
 Wir sehen uns berufen, in Erinnerung zu bringen, daß Familienwohnungen nur nach vorübergegangener schriftlicher Genehmigung der Mieterverträge durch das städtische Wohnungsamt bezogen werden dürfen.

Wer Wohnungen ohne schriftliche Genehmigung des Wohnungsamtes als widerrücklich bezieht, hat folgende zinsgewisse Räumung der Wohnung zu gewärtigen.  
 Karlsruhe, den 30. März 1922.  
 Stad. Bezirksamt. Bürgermeisterei.

Im Einvernehmen mit dem Städt. Wohnungsamt wurden ab 5. April 1922 folgende städt. und Bezirksamt. Wohnungen:

I. Fleisch.	
Rindfleisch I. Güte mit Knochen	40.80
Rindfleisch II. Güte mit Knochen	38.80
Schweinefleisch mit Knochen	40.80
Schweinefleisch frisch mit Beilage	40.80
Hammelfleisch	40.80
II. Wurst.	
Fleischwurst	43.80
Schinkenwurst	44.80
Frankfurter Leberwurst	15.80
Reine Leberwurst, angeräuchert	14.80
Leberwurst, gewöhnlich	14.80
Plattwurst, gewöhnlich	14.80
Plattwurst	14.80
Schwarzenmagen, gewöhnlich, weiß	24.80
Schwarzenmagen, gewöhnlich, rot	26.80

Freie Metzger-Jungung Karlsruhe.

**Rausch & Paster**  
 Photogr. Atelier  
 Karlsruhe  
 3 Erbprinzenstr. 3

**Konfirmanden- u. Kommunikanten-**  
 Aufnahme must.-reelit.

**Residen Lichtspiele**  
 Waldstrasse 30 — Telefon 5111.  
 Vom Mittwoch bis einschl. Freitag, den 7. April 1922

**Die Erlebnisse der Tänzerin Fanny Elbler**  
 Filmroman in 5 Kapiteln.  
 in der Hauptrolle:  
 Lya Mara Ernst Hoffmann

**Mesterwoche Nr. 12.**  
**Chaplin & Co.-Bummel ein gros.**  
 Eine Chaplinade in 1 Akt.  
 Nur in den Nachmittagsvorstellungen:  
**„Die Asphaltrose“**  
 Filmschauspiel in 5 Akten.  
 in der Hauptrolle: Charlotte Böcklin.

**Gesichts-**  
**Jauschlag**  
 Die besten Gesichtsbildner  
 beschreiben nach 150 Jahren  
 schnell, wenn man den Saum  
 von Zucker's Patent-  
 Medizinal-Soße abends  
 einstrichen läßt. So kann erst  
 morgen abwaschen und mit  
 Zucker-Creme nachziehen.  
 Geopartige Wirkung, von  
 Leuzischen belligt. In den  
 Apotheken, Drogerien, Par-  
 fumerie- u. Feilwarengeschäften.

**Bücherei**  
 gesucht  
 für Samstag mittag zum  
 Vorlesen.  
 Zu erfragen Lauterberg-  
 Strasse 2, b. Hausmeister.

**Damenstiefel**  
 Nr. 41, und ein vollständiges  
 Set zu verkaufen  
 Dufel, Waldhornstr. 32  
 4. Et. L. Ansuchen jeden  
 Freitag von 1/2 bis 1 Uhr,  
 Samstag h. 4 Uhr u. Sonntags  
 bis 12 Uhr mittags.

**Anzüge, Hosens**  
 gestreift und feldgrau,  
 blau und Del. loh.,  
 Sommer-Joppen,  
 sonst. Kleidungs-Stücke  
 kaufen Sie billig bei  
**Glotzer**  
 Zähringerstrasse 53a.

**Frauenhaare**  
 kauft 2510  
**Herm. Bieler**  
 Kaiserstr. 228.  
 Zwischen Danks- u. Hirschstrasse.

**Alt-Metalle, Eisen,**  
**Papier, Kleider,**  
**Schuhe, Keller- und**  
**Speicher-Kram**  
 kauft 2839  
**Feuerstein**  
 Hofenstr. 26. Telef. 3481.  
 Händler Vorzugspreise.

**Verkauf von**  
**Alt- u. Möbel**  
 Beschäftigung ohne Kauf-  
 zwang erwünscht.  
**Karl Rauch**, Dreher-  
 straße 7.

**Palast-Theater**  
 Herren-Strasse.

Nur 3 Tage!  
 Ab heute bis einschliessl.  
 Freitag:

**Der Gang durch die Höle.**

Drama in 6 Akten nach Motiven  
 von Paul Sagar.  
 Erstklassige Besetzung der  
 Hauptrollen unter anderem die  
 rühmlichst bekannten Darsteller  
**Otto Gebühr, Kurt Vespermann**  
 und  
**Erika Gähler, Grete Hoffmann.**

**Wie die Allen**  
**sungen ....**  
 Glänzendes Lustspiel mit  
**Olivette Thomas**  
 in der Hauptrolle. 3216

**Badisches Landesstheater.**  
 Mittwoch, den 5. April, 7 bis nach 7/10 Uhr  
 25.—  
 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 9091-9290 und 3401-3500  
**Der fliegende Holländer.**

**Lebensbedürfnisverein**  
**Karlsruhe.**  
 Die Auszahlung der Dividende erfolgt  
 am Donnerstag, den 6. April, vormittags  
 von 7-12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2  
 bis 4 Uhr, für die Nummern der neuen  
 Kartenbücher von 17201-18000 an unserer  
 Kasse Hauptstr. 28 gegen Vorlegung des  
 neuen Kartenbuchs. — Es wird dringend  
 gebeten Wechselgeld mitzubringen.  
 Der Vorstand.  
 3205

**Vereinigte Lichtspiele**  
 Karlsruhe

Eden-Lichtspiele // Luxeum-Lichtspiele  
 Kaiserstr. 5 // Kaiserstr. 168

Nur einige Tage!  
 Das große Doppel-Programm

**Jagd auf Schurken**  
 oder  
**Das Achtgroshenmädel**

Sittenfilm in 6 Akten mit **Edith Posca.**

Die beliebteste amerikanische Künstlerin  
 in dem fünftaktigen Lustspiel  
**Eine angebrochene Ehe**

Lachsälven ohne Ende.

**Tisch-Bett-Wäsche**  
 bearbeitet 2225  
**Schorpp**  
 Krage- u. Wäscherei.

**Druckerei**  
 aller Art  
 Buchdruck, Lithographie  
 Zeltentwurf 24.  
**Pränkuch & C.**  
 Eingetroffen  
**Sapp's**  
 Seinen's  
 Breisgauer

**Brunfater Anzeigen.**  
 Schenkengedienst betr.  
 Zwei Leihenträgerinnen sind zu begeben. Ge-  
 eignete Bewerber wollen sich alsbald schriftlich melden.  
 Bruchsal, den 31. März 1922. 659  
 Der Stadtrat.  
 Weiler. Strohauser.

**Karten-Ausgabe**  
 am Donnerstag, den 5. April 1922, von 8 bis  
 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nach-  
 mittags an die Buchstaben L bis einschl. R.  
 Bruchsal, den 5. April 1922. 658  
 Kommandantverband Bruchsal-Stadt.

**Pränkuch & C.**  
**Margarine**  
 Brottauffrich  
 Nr. 31. 3221  
**Koch-**  
**Margarine**  
 Nr. 29. 3221  
**Pränkuch & C.**

**Die Frauenarbeitschule (Unterrichtsanstalt)**  
 des Bad. Frauenvereins veranstaltet in ihren Schul-  
 räumen, Gartenstraße 47, eine Knäpstellung der von  
 den Schülerinnen der Frauenarbeitschule und des  
 Oberleitners für Handarbeitslehrerinnen gefertigten  
 Arbeiten und Handlungen am 7. und 8. April von  
 9-6 Uhr und am 9. April (Samstags) von  
 11-6 Uhr, zu der wir ergebenst einladen. 3225

**Schlafzimmer-Bilder**  
 Schöner Kunstausstellung, Kaiserstr. 38.

**Christ. Fränkle, Goldschmied,**  
 Karlsruhe, Kaiser-Passage 7a. 3207

**Christ. Fränkle, Goldschmied,**  
 Karlsruhe, Kaiser-Passage 7a. 3207